

Am 3. November 2010 fand in Schwerin die Delegiertenwahlkreiskonferenz Westmecklenburg statt.



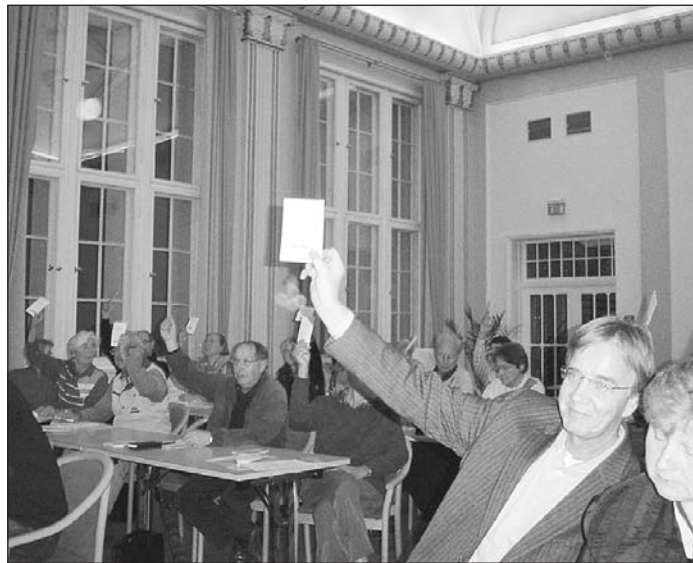
Birgit Trübe stellt sich zur Wahl.



Helmut Holter spricht über die Wahl 2011.

Delegiertenkonferenz mit Blick auf Wahl 2011

Gewählt wurden die Vertreterinnen und Vertreter für den Landesausschuss der Partei DIE LINKE. Aus dem Kreisverband Schwerin wurden Birgit Trübe und Peter Brill gewählt. Letzterer bekam das Votum der Konferenz, innerhalb des Landesausschusses in der Arbeitsgruppe Personal mitzuwirken. Dietmar Bartsch berichtete über die zu diesem Zeitpunkt bevorstehende Debatte zum Haushalt 2011 und rief auf, weiterhin den Protest gegen das sogenannte Sparpaket weiterhin zu unterstützen. Einen Ausblick auf die Wahlen gab es von Helmut Holter. Von beiden Rednern wurde betont, wie wichtig ein starkes Miteinander innerhalb der Partei DIE LINKE. ist, schließlich sind wir die Hoffnung vieler Menschen und die wirkliche soziale Alternative. R.J.



Dietmar Bartsch während der Konferenz bei der Stimmabgabe

Seite 3 Vom Landesparteitag Mecklenburg-Vorpommern

zitiert

»Die Welt«, 18. 11. 2010

Jeder Fünfte arbeitet unter der Niedriglohngrenze

Arm trotz Arbeit: Mehr als 20 Prozent aller Vollzeitbeschäftigten in Deutschland werden der BA zufolge mit Niedriglöhnen abgespeist.

In Deutschland arbeiten über vier Millionen vollzeitbeschäftigte Arbeitnehmer im Niedriglohnssektor. Das geht aus einer neuen Statistik der Bundesagentur für Arbeit in Nürnberg hervor, die erstmals die Daten aller knapp 27

Millionen sozialversicherungspflichtigen Beschäftigten in umfasst.

Nach Angaben der Statistiker verdienten 2009 gut 22 Prozent der vollzeitbeschäftigten Arbeitnehmer (ohne Auszubildende) monatlich weniger als 1784 Euro brutto und arbeiteten damit unterhalb der Niedriglohnschwelle. Als Niedriglohn gilt ein Einkommen von höchstens zwei Dritteln des mittleren Lohns (Medianlohns) in Deutschland. Der Medianlohn belief sich Ende 2009 laut Berechnungen der Arbeitsagentur auf brutto 2676 Euro bzw. 2805 Euro in West- und 2050 Euro in Ostdeutschland. Wie aus der BA-Statistik weiter

hervorgeht, ist der Anteil der Vollzeitbeschäftigten im Niedriglohnssektor seit 1999 deutlich gestiegen. Arbeiteten vor zehn Jahren noch 16,6 Prozent der Arbeitnehmer in Westdeutschland für einen Niedriglohn, waren es 2009 bereits 20,2 Prozent. In Ostdeutschland stieg die Quote den Angaben zufolge von 17,9 Prozent auf 21,3 Prozent. Die Wirtschaftskrise hatte offenbar keinen Einfluss auf die Niedriglohnbeschäftigung: Der Anteil der Arbeitnehmer mit Einkommen unterhalb der Niedriglohnschwelle hat in Ost und West seit 2007 nicht weiter zugenommen.

Ein guter Start in das Wahljahr

Kreisparteitag am 15. Januar 2011

Um im neuen Jahr gut zu starten wollen wir uns am 15. Januar 2011 zu einem Kreisparteitag in den Ritterstuben treffen. Ab 10 Uhr werden wir beginnen und haben uns ein umfangreiches Programm gegeben. Neben der Wahl der Direktkandidaten für unsere Landtagswahlkreise wollen wir den Entwurf unseres Programmes diskutieren. Dabei wollen wir vor allem die Diskussionen aus den Basisgruppen und von den Veranstaltungen der Rosa-Luxemburg-Stiftung einbeziehen.

In Vorbereitung auf die Landtagswahl ist es jedoch auch wichtig, dass wir beginnen Ideen für einen kreativen Wahlkampf zu suchen. Über die Feiertage zu Weihnachten und zum Jahreswechsel haben wir vielleicht die Zeit, die eine oder andere Idee zu finden oder weiterzuentwickeln. Wenn Ihr also etwas zu dieser Ideensammlung beitragen wollt, lasst uns Eure Gedanken bis Anfang Januar zukommen. Dies kann auch die Grundlage für einen Spendenaufruf sein, den wir für die Finanzierung unseres Wahlkampfes brauchen werden.

In diesem Sinn lade ich Euch herzlich ein, das kreative Potential unserer Partei zu bereichern und natürlich auch dazu, euch am Gedankenaustausch auf dem Parteitag zu beteiligen.

Stefan Schmidt, Kreisvorsitzender

Das Wort zum Monat

Von
Stefan Schmidt,
Vorsitzender
des Kreisvorstandes
Schwerin der Partei
DIE LINKE.



Mit neuem Schwung ins neue Jahr

Liebe Genossinnen und Genossen!

Das Jahr 2010 geht mit großen Schritten seinem Ende entgegen. Ein guter Zeitpunkt, um allen Aktiven für die geleistete Arbeit in den vergangenen Monaten zu danken. Damit geht ein anstrengendes aber dennoch erfolgreiches Jahr zu Ende. Im Frühjahr haben wir auf dem Kreisparteitag einen zum großen Teil neu zusammengesetzten Kreisvorstand auch mit mir als neuen Kreisvorsitzenden gewählt. Dieser Kreisvorstand hat sich in den vergangenen Monaten mit aktiver Unterstützung von vielen Genossinnen und Genossen in seine Aufgaben eingearbeitet.

Aber natürlich war die Arbeit nicht immer einfach. Gerade die Angriffe auf unsere Oberbürgermeisterin Angelika während der Diskussion um den Schwimmhallen-neubau und auch die erneute öffentliche Diskussion um die Verwicklung von Genossinnen und Genossen in eine Tätigkeit beim Ministerium für Staatssicherheit in den vergangenen Wochen haben für viel Aufregung in unserer Partei gesorgt. Dabei zeigte sich einmal mehr, wie wichtig ein offener und ehrlicher Umgang zwischen uns und mit unserer Geschichte ist. Die Diskussion hat gezeigt, dass sich Genossinnen und Genossen, die offen und ehrlich mit ihrer Vergangenheit umgehen, unserer Solidarität sicher sein können und dass wir uns mit Unehrllichkeit in die-

ser Frage selbst Schaden zufügen. Dies führt dazu, dass die Auseinandersetzung mit den wichtigen anstehenden gesellschaftlichen Problemen aus dem öffentlichen Meinungsbild sehr schnell verschwindet, wenn wir uns mit derartigen hausgemachten Problemen auseinandersetzen müssen.

Konsequenz kann aus meiner Sicht nur immer wieder der Hinweis auf den bestehenden Beschluss von 1991 sein, der den offensiven Umgang mit diesem Teil unserer Vergangenheit bei Amts- und Mandatsträgern festschreibt. Wer sich nicht daran hält, schadet unserer Partei und ihrem öffentlichen Ansehen und muss dementsprechend mit den sich aus dem Beschluss ergebenden Konsequenzen leben. Für mich als Kreisvorsitzenden bleibt zu hoffen, dass diese neue Diskussion dazu führt, dass alle, die in öffentlichen Ämtern und Mandaten für unsere Partei streiten wollen, sich von den Genossinnen und Genossen leiten lassen, die bereits seit Jahren offen und ehrlich mit diesem Teil ihrer Vergangenheit umgehen. Gerade im kommenden Landtagswahljahr sollten wir uns damit vor erneuten »Enthüllungen« schützen.

Um die Landtagswahl im kommenden Spätsommer vorzubereiten, werden wir am 15. Januar unseren nächsten Kreisparteitag durchführen. Auf diesem Parteitag wollen wir uns zum einen mit der Programmdiskussion befassen und in diesem Zusammenhang natürlich auch Erfahrungen aus den Basis- und Stadtteilorganisationen austauschen. Gerade zur Vorbereitung des Wahlkampfes ist es wichtig, dass positive Erfahrungen aus Veranstaltungen und Aktionen auch vielen Genossen in unserem Kreisverband zugänglich gemacht werden. Dies erhöht unsere Wirksamkeit nicht nur im Wahlkampf, sondern auch in der täglichen politischen Arbeit.

Anträge und Änderungsvorschläge zum Programm sollten bis zum 17. Dezember in der Kreisgeschäftsstelle vorliegen, damit wir sie den Delegierten des Parteitags rechtzeitig zur Verfügung stellen können und gegebenenfalls auch eine Diskussion

in den Basisorganisationen noch möglich ist. Auch der Kreisvorstand wird sich auf seiner ersten Sitzung im Januar noch einmal intensiv mit der Vorbereitung dieses Parteitages befassen.

Auf diesem Parteitag wird Euch der Kreisvorstand Helmut Holter und Martina Simon als Direktkandidaten für die Landtagswahlkreise in Schwerin vorschlagen. Helmut schlagen wir Euch für den südlichen Wahlkreis (Großer Dreesch, Mueßer Holz, Neu Zippendorf, Krebsförden) vor. Zu seiner Person brauche ich an dieser Stelle sicher nicht viel sagen, ist er doch unser Kandidat für das Amt des Ministerpräsidenten und wird unsere Partei in den Landtagswahlkampf führen. Dafür braucht er unsere volle und ungeteilte Unterstützung.

Für den nördlichen Wahlkreis (Altstadt, Weststadt, Lankow) schlagen wir Euch Martina Simon als Direktkandidatin vor. Auch wenn sie nicht Mitglied unserer Partei ist, vertritt sie uns doch sehr engagiert als Mitglied im Bauausschuss der Stadtvertretung und bereichert so die Arbeit unserer Fraktion. Die inhaltliche Übereinstimmung mit den Positionen unserer Partei ist dabei unübersehbar. Gerade weil sie sich in unserer Altstadt heimisch fühlt und auch intensive Kontakte in verschiedenen Vereinen pflegt, erhoffen wir uns ein breites Potential in diesem Wahlkreis.

Mit der Nominierung dieser beiden Kandidaten und einem intensiven inhaltlichen Austausch auf diesem Kreisparteitag wollen wir gute Voraussetzungen für eine erfolgreiche Arbeit im neuen Jahr schaffen. Dafür benötigen wir sicher viel Energie und vor allem langen Atem. Deshalb wünsche ich Euch in den kommenden Wochen eine erholsame und besinnliche Weihnachtszeit, ausreichend Zeit um neue Kraft tanken zu können, und auch einen guten Rutsch in ein erfolgreiches Jahr 2011 im Privaten und auch in unserer gemeinsamen politischen Arbeit.

In diesem Sinne begleiten Euch meine solidarischen Grüße.

Stefan Schmidt

Herzliches Dankeschön für viele Jahre gemeinsamer produktiver Arbeit

Liebe Dorothea Kintscher,
Lieber Helmut Sander,
Was kaum bekannt war in der Vergangenheit, ist die Tatsache, dass hinter den Kulissen bei der Herstellung unseres Offenen Blattes viele fleißige Hände Anteil am Endprodukt hatten und haben. Ein Produkt, das sich in den letzten Jahren durchaus gemauert

hat. Mit dem Erscheinungsende der Landesausgabe des Offenen Blattes stand vor Jahren in Schwerin die Frage nach dem Weiterführen eines Informationsblattes für die Genossinnen und Genossen und die Öffentlichkeitsarbeit. Um es kurz zu machen, lieber Helmut, ich hatte Dich gefragt und Du hast ja gesagt.

Manchmal war es sicher anfänglich eine Zumutung, was wir Dir für die Herstellung des Offenen Blattes angeboten haben. Man macht es sich eben auch mal

leicht und meint, Helmut wird es schon richten, und so war es ja auch immer über viele Jahre hinweg. Ein großes Dankeschön auch an Dorothea Kintscher, die dafür Sorge getragen hat, dass im Ergebnis einer professionellen Korrekturlesung ich mir keine Sorgen um die Rechtschreibung machen musste. Im übrigen wurde sie zwar nie gefragt, aber als Ehefrau von Helmut macht man es eben so.

Nun werden wir es ab Januar alleine versuchen, das Offene Blatt

zu produzieren. Wir, das sind dann Rasha Janew und ich.

Also noch einmal danke für eine Zeit gemeinsamer produktiver, sehr menschlicher und freundlicher Zusammenarbeit. Für Euch beide alles Liebe und Gesundheit in den kommenden Jahren und einfach ein bisschen mehr Glück!

Und gestattet uns bitte auch in Zukunft anzurufen, um einen über die Jahre geschätzten Rat einzuholen.

Peter Templin

Vom Landesparteitag Mecklenburg-Vorpommern

Ehrlichkeit eingefordert

Die Tagesordnung sagte wenig zum bestimmenden Thema des Landesparteitages aus. Dafür konnte man sich an Hand der Presseartikel der letzten Tage denken, was das bestimmende Thema sein würde. Es war das Thema »DIE LINKE und die Stasi«.

Gleich zu Beginn des Parteitages hat unser Landesvorsitzender Steffen Bockhahn einige deutliche Worte zu den »Stasi-Entdeckungen« der letzten Tage und Wochen gefunden. Er hat Ehrlichkeit eingefordert, Ehrlichkeit uns gegenüber. Und ich gebe ihm hier Recht! Wer für Ämter kandidiert, muss zu seiner Vergangenheit stehen und seine Vergangenheit offenlegen. Hierzu gab es einige kontroverse Ansichten. Die Mehrheit der Redner hat sich für einen offenen Umgang mit den eigenen Biographien ausgesprochen. In der Diskussion hat sich die Genossin Renate Malchow für ihren Fehler entschuldigt. 2001 hatte sie auf dem Parteitag ihre Zusammenarbeit mit der Stasi nicht offengelegt. Sie meinte, dass es ein Versehen gewesen wäre. Mich hat diese Entschuldigung beeindruckt. Fehler einzugestehen ist immer schwer. So etwas in der breiten Öffentlichkeit zu tun, ist noch schwerer. Am Ende des Tages haben wir auf Grund des Rücktritts der Genossin eine neue Landesschatzmeisterin gewählt: Gabriela Buchholz.

Dass das Thema so im Vordergrund stand, störte mich gewaltig. Das Thema DDR steht bei uns leider viel zu oft im Vordergrund. Man soll aus der Vergangenheit lernen. Man muss aber auch die Zukunft gestalten! Mecklenburg-Vorpommern hat riesige Probleme: Armut, Abwanderung und ein mangelhaftes Bildungswesen. Auf solche Punkte sollten wir uns stärker konzentrieren. Auf das Bildungswesen wurde glücklicherweise eingegangen.

Die »Landesarbeitsgemeinschaft Bildung« und der Landesvorstand brachten einen guten Antrag ein. Dieser steckt voller Ideen. Auf alle Aspekte kann ich hier nicht eingehen. Drei Punkte möchte ich aber näher betrachten. Der erste Punkt ist, dass wir uns für ein inklusives Schulsystem einsetzen. Das bedeutet kurz gesagt: Eine Schule für alle. Alle werden zusammen unterrichtet, egal ob hochbegabt oder gehandicapt. Je-



Steffen Bockhahn gratuliert der neuen Schatzmeisterin Gabriela Buchholz

der wird nach seinen Fähigkeiten in einer Schule gefördert. Ich denke, dass das der richtige Ansatz ist. Eine Schule, die selektiert, ist weltfremd. Außerhalb der Schule müssen wir mit den unterschiedlichsten Menschen klarkommen. Darauf muss die Schule unsere Kinder vorbereiten. Ein zweiter, wichtiger Punkt ist, dass wir uns gegen die Verschlechterung des Referendariats der Lehrer einsetzen. Früher wurde den Referendaren durch verschiedene Seminare ein umfangreiches theoretisches Wissen vermittelt. Diese Seminare sollen bald wegfallen. Auch die Betreuung der Referendare durch Lehrer, die den Unterricht beobachten, soll weitgehend wegfallen. Der dritte Punkt ist die Forderung nach einer flexiblen Eingangsstufe. Das bedeutet, dass die erste und zweite Klasse als eine Eingangsstufe zusammengelegt werden sollen. Wer schnell ist, kann die Klasse schon nach einem Jahr verlassen, wer länger braucht, kann bis zu drei Jahre bleiben. Ich halte das für den richtigen Weg. Kinder entwickeln sich unterschiedlich. Darauf müssen wir stärker eingehen.

Der Landesparteitag war etwas Besonderes. Er wurde mit einer Basiskonferenz kombiniert. Nach der Mittagspause wurden deshalb drei unterschiedliche Foren angeboten. Man konnte sich dort mit

den Themen »Bildungspolitik«, »Leitbild MV 2020 +« oder mit Strukturfragen der Linken auseinandersetzen. Ich besuchte den Workshop zum Leitbild MV.

Helmut Holter führte in das Leitbild ein und präsentierte uns das Ergebnis von jahrelanger Arbeit und zahlreichen Diskussionen mit interessierten Mitgliedern. Es gab zu einzelnen Punkten Kritik. So solle das Thema Emanzipation nicht genug im Mittelpunkt stehen oder auch der Begriff der »Region« wird im Leitbild inflationär und uneindeutig benutzt. Trotzdem weist der Entwurf in die richtige Richtung. Dieser fordert mehr Basisdemokratie. Das ist der richtige Weg, um Politikverdrossenheit zu bekämpfen. Man muss den Menschen mehr Entscheidungsmöglichkeiten einräumen. Und der Programmentwurf fordert, dass wir uns von der einseitigen Ausrichtung auf das Wirtschaftswachstum verabschieden sollten. Diese Forderung ist revolutionär. Für das Wirtschaftswachstum ist es wichtig, dass viele Güter verkauft und gekauft werden. Sich auf eine solche volkswirtschaftliche Größe zu verlassen, setzt aber falsche Anreize. Hierfür möchte ich ein kurzes Beispiel geben: Für das Wirtschaftswachstum sei es besser, wenn Fernseher statt zehn Jahre nur fünf Jahre halten. So wären

die Menschen häufiger gezwungen, sich ein neues Gerät zu kaufen und das sei gut für das Wachstum. Aber hat das etwas mit Lebensqualität zu tun? Oder hat es etwas mit einer nachhaltigen Gesellschaft zu tun? Die Antwort darauf lautet: Nein! Die Frage der Politik muss lauten: »Wie erhöhen wir die Lebensqualität der Menschen?«

Unser Kandidat für Mecklenburg-Vorpommern, Helmut Holter, positionierte sich klar gegen die Castor-Transporte in unserem Land und gegen die Lagerung des Atommülls in Lubmin. Er forderte die Landesregierung auf, hiergegen vor dem Bundesverfassungsgericht zu klagen. Dieses wichtige Thema wurde auch in einem Antrag thematisiert. Der Antrag wurde fast einstimmig angenommen und macht deutlich, dass DIE LINKE die Anti-Atomproteste unterstützt. Meiner Meinung nach ein wichtiges Zeichen an die Öffentlichkeit.

Mein Fazit: Auf dem Parteitag haben wir uns leider zu sehr mit uns selbst beschäftigt. Die Inhalte, wie Bildung, Leitbild 2020 + und Castor-Transporte, waren gut und wichtig. Die Selbstbeschäftigung hat aber verhindert, dass diese Inhalte medial eine Rolle spielten. Das wird beim nächsten Mal bestimmt besser!

Alexander Lehmann

Trotz Terrorwarnung im Berliner Reichstag

Eine Gruppe aus den Kreisen Schwerin und Ludwigslust sind der Einladung von Dr. Dietmar Bartsch gefolgt und besuchten Berlin. In der Bundeszentrale für politische Bildung wurde über die Bedeutung und Realität von Demokratie diskutiert. Trotz massiver Sicherheitsmaßnahmen auf Grund der Terrorwarnungen besuchten die knapp 50 politisch Interessierten den Reichstag. Leider war es aber nicht möglich, die Glaskuppel zu besichtigen. Am nächsten Tag kam es nach einer Stadtrundfahrt durch das politische Berlin und einem Informationsgespräch im Auswärtigen Amt noch zu einem Gespräch mit Dr. Dietmar Bartsch, der ganz frisch aus der Bundestagsdebatte über den Haushalt 2011 berichtete. Das sogenannte Sparpaket bezeichnete Bartsch als ein reines Kürzungspaket vor allem bei den sozial Benachteiligten der Gesellschaft.



Die Besuchergruppe im Reichstagsgebäude



Politisch Interessierte aus Schwerin im Gespräch mit Dr. Dietmar Bartsch.

Gerecht geht anders!

Die Schweriner Gewerkschaften riefen für Donnerstag, den 4. November 2010, zu einem Aktionstag unter dem Motto »Gerecht geht anders« auf.

DIE LINKE. Schwerin unterstützte diesen Aktionstag im Rahmen der Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften im Bündnis zur Sicherung des Sozialstaates.

Die von der Bundesregierung mit dem Sparpaket vorgesehenen Einschnitte insbesondere bei den sozial Schwächsten unserer Gesellschaft treffen in letzter Konsequenz auch die Schwerinerinnen und Schweriner, selbst wenn sie nicht auf Sozialleistungen angewiesen sind.



Die geplanten Veränderungen bei der Hartz-IV-Gesetzgebung werden auch die Kommunen noch stärker belasten.

Schon heute gibt die Stadt Schwerin jährlich ca. 900 Euro pro Jahr und Einwohner für soziale Leistungen aus – mehr als ein Drittel des gesamten städtischen Haushaltsvolumens.

Die Bundesregierung will die Kosten der Finanzkrise hauptsächlich durch Einschnitte bei den sozial Schwächsten finanzieren und trifft damit vor allem auch die regionale Wirtschaft. Diese ist insbesondere auf einen funktionierenden Binnenmarkt angewiesen, den die Bundesregierungen seit Jahren systematisch zugunsten der Exportwirtschaft vernachlässigt. Gerecht kann es nur zugehen, wenn die Verursacher der Krise am Ende auch die Kosten der Krise tragen müssen, statt mit Milliarden Steuergeldern subventioniert zu werden.

← Henning Foerster und Helmut Holter demonstrieren gegen das angebliche Sparpaket.

Besuch aus Kuba bei der AG Cuba si



Wieder hatte unsere AG Cuba si lieben Besuch aus Kuba bei uns. Eine Dipl.-Ökonomin, die z. Z. der Revolution mit neun Jahren weder schreiben noch lesen konnte, leitet heute eine große Milchviehanlage. Sie brachte uns einen Film mit, in dem die auch heute noch nicht leichte Situation der Frauen geschildert wird und der zeigt, wie die selbstbewussten Frauen mit ihrer Arbeit ihrem Leben einen tiefen Sinn geben. Davon konnten wir uns mit der AG Senioren authentisch überzeugen.

Es wurde aber auch deutlich, wie sehr die Spuren des furchtbaren Orkans vor zwei Jahren noch heute nicht überwunden sind. Auch deshalb werden wir noch in diesem Monat wie in jedem Jahr unsere Spendenaktion zur Hilfe in Not nutzen.



Besonders beeindruckend war für unseren Gast ein Besuch bei unserer Oberbürgermeisterin. Bei wie immer selbst gebackenem Kuchen konnten gegenseitig Erfahrungen ausgetauscht werden. – Also bitte versäumt es nicht, Euch in der Geschäftsstelle Spendenlisten zu holen. Mit Eurer aktiven Solidarität rechnet
Eure AG Cuba si

IGS »Bertolt Brecht« zu Besuch im Landtag



Helmut Holter im Gespräch mit den Schülern

Zwei Schulklassen von der Integrierten Gesamtschule »Bertolt Brecht« waren am 17. November 2010 Gast von Helmut Holter im Landtag. Nachdem die Schüler die von der LINKEN initiierte Aktuelle Stunde mit dem Thema: »Interessen des Landes wahren: Atomdeal stoppen – kein Endlager auf dem Gelände der Energie-

werke Nord« verfolgen konnten, fand ein reges Gespräch mit Helmut Holter statt. Neben dem Thema Atomenergie waren die jungen Leute sehr daran interessiert, welche Lösungen DIE LINKE hat, um Hartz IV zu überwinden, die Bildung im Land zu verbessern und die Menschen u.a. durch Volksentscheide mehr an der De-

mokratie teilhaben zu lassen. Auch durch die tägliche Situation an der Schule bestand ein Bedarf, über die aktuelle Integrationsdebatte zu reden. Helmut Holter war positiv überrascht über das große Interesse und vorhandene Wissen über Politik und das Demokratieverständnis.
R.J.

Zeitzeugen für unsere Schulen

Zum Antrag »Zeitzeugen für unsere Schulen« möchte ich Euch kurz über einige Hintergründe aus den Diskussionen informieren. Anliegen dieses politischen Antrages war es, ältere Menschen über IHR Leben in der DDR berichten zu lassen.

Mein Ziel war es, diese Menschen durch die demokratischen Parteien für diese Aufgabe zu gewinnen, die anschließend in der Seniorenakademie des Seniorenbüros zu schulen und dann in den Schulen als Diskussionspartner auftreten zu lassen.

Alle Fraktionen fanden den Gedanken gut und hatten doch Angst vor der Umsetzung, denn Herr Öttinger (FDP in der CDU/FDP-Fraktion) sah darin den Versuch, »die alten Sozialisten aus der Linkspartei in die Schulen zu schicken« und dort ein »falsches Bild von der DDR« zu verbreiten. Herr Strauß (einst B90/Die Grünen; jetzt partei- und fraktionslos) sah in diesem Antrag den Versuch, »in den Schulen DDR-Propaganda zu betreiben«. Aufgeschlossen gegenüber diesem Antrag zeigten sich vor allem Stadtvertreter, die ihre Wurzeln im Westen des gemeinsamen Vaterlands haben. Herr Conradis (SPD) zum Beispiel wollte sich selbst für diese Aufgabe zur Verfügung stellen.

Fazit ist: Der Antrag wurde zurückgezogen, um nicht abgelehnt zu werden und das ist gut! Aber es zeigte sich ganz deutlich, dass bei den staatstragenden Parteien in dieser Stadt vor Lebensberichten aus der DDR eine riesige Angst vorherrscht.

Vielleicht haben ja einige von Euch oder von Euren Freunden Interesse an dieser Aufgabe gewonnen? Meldet Euch einfach beim Seniorenbüro als »Zeitzeugen für unsere Schulen«.

Michael Strähnz



Helmut Holter und Angelika Gramkow bei der Flaggenhissung.

Rechts: Die Gleichstellungsbeauftragte der Stadt Schwerin Petra Willert



Terres des Femmes

Aktionswoche »Keine Gewalt gegen Frauen«

DIE LINKE. Schwerin unterstützt die Aktionswoche »Keine Gewalt gegen Frauen«. Angelika Gramkow eröffnete als Schirmherrin die Woche mit der traditionellen Flaggenhissung auf dem Marien-



platz. Viele weitere Aktionen folgten bis zum 26. November auch in Schwerin.

»Es ist einer der größten Skandale unserer Zeit, dass die weltweit grassierende Gewalt gegen Frauen und Mädchen immer noch tabuisiert wird. Sie muss angeprangert und gesellschaftlich geächtet werden«, betonte Helmut Holter. Auch die Landtagsfraktion unterstützt seit Jahren die Aktion. Leider wurde ein Antrag an die Landtagspräsidentin abgelehnt, die »Terres des Femmes – Nein zur Gewalt«-Flagge öffentlichkeitswirksam im Eingangsbereich des Landtags zu platzieren.

R.J.

Erwerbslosenparlament

Die Kritik des Erwerbslosenparlaments am so genannten Sparpaket der Bundesregierung, das zu einer weiteren Verschlechterung der Lage von Hartz-IV-Empfängerinnen und -Empfängern führt, ist berechtigt. »Die Bundesregierung handelt sozial und ökonomisch höchst unverantwortlich und sorgt mit ihrer Politik dafür, dass die Spaltung der Gesellschaft in Arm und Reich weiter vorangetrieben wird.« Infolge des Streichpakets würden insbesondere struktur- und einkommensschwache Regionen geschwächt, und auch auf die Kommunen kämen weitere große Belastungen zu. Anstatt einseitig bei Langzeitarbeitslosen zu kürzen, müssten Arbeitslosigkeit und Armut aktiv bekämpft werden. »Dazu gehören ein gesetzlicher Mindestlohn, die Finanzierung qualifizierter Arbeitsmarktmaßnahmen sowie die Schaffung eines öffentlich geförderten Beschäftigungssektors. Langzeitarbeitslose brauchen eine Perspektive, sie haben ein Recht auf ein Leben in Würde und gesellschaftliche Teilhabe.« Wie das Erwerbslosenparlament fordert die Linksfraktion die Bundesregierung auf, die Vermögenden, Spitzenverdiener und Spekulanten stärker an der Finanzierung der sozialstaatlichen Aufgaben zu beteiligen. »Mit der Klientelpolitik von Schwarz-Gelb und der unsozialen Umverteilung von unten nach oben muss endlich Schluss sein.«

Bürgersprechstunde

Eine Partei für den Alltag und nicht nur für den Wahltag

Mit dieser Grundeinstellung will DIE LINKE. Politik für und mit den Menschen gestalten. Dafür ist es wichtig, die Probleme und Sorgen der Menschen auch zu kennen. Am 18. Oktober fand eine Bürgersprechstunde mit Helmut Holter im »Eiskristall« auf dem Großen Dreesch statt. Viele nutzten die Chance, in Ruhe die Probleme vorzutragen und in einigen Fällen schnelle Hilfe zu bekommen. Aber nicht nur in den offiziellen Sprechstunden gibt es die

Möglichkeit, sein Anliegen an die Landtagsfraktion loszuwerden. Bei Problemen, Fragen oder dem Drang, seine Meinung zu sagen, ist das Bürgerbüro in der Martinstraße die richtige Adresse – natürlich auch per Telefon 0385/5923442 oder E-Mail wkb@helmut-holter.de zu erreichen.

R.J.

Helmut Holter im aufgeschlossenen Gespräch mit einem Bürger über Probleme unserer Zeit.



DIE LINKE beteiligt sich am Protest:

Castor und Atomlobby stoppen

Die Landesgruppe Mecklenburg-Vorpommern der Fraktion DIE LINKE im Bundestag ruft dazu auf, sich an den Protesten gegen die Castor-Transporte nach Lubmin zu beteiligen: »Wir hoffen auf einen breiten von parlamentarischen und außerparlamentarischen Gruppen getragenen Protest gegen die unverantwortliche Atompolitik der Bundesregierung. Wir rufen die Menschen in Mecklenburg-Vorpommern und in ganz Deutschland dazu auf, sich den Protesten anzuschließen

und ein entschiedenes Nein zur Lobbypolitik der Bundesregierung, die allein der Profitmaximierung der großen Energiekonzerne dient, nach Berlin zu schicken.«

Die Landesgruppe MV wird gemeinsam mit der Bürgerschaftsfraktion DIE LINKE in Greifswald am 7. Dezember 2010 an der öffentlichen Fraktionssitzung der Landtagsfraktion DIE LINKE in Greifswald und am geplanten Aktionstag mit dem Titel »Nein zum Atomdeal!« teilnehmen.

»Selbstverständlich werden wir auch bei den Protesten rund um die Castor-Transporte am 16. Dezember 2010 präsent sein. Der Protest gegen die Verlängerung der Atomlaufzeiten – wie die Ereignisse im Wendland gezeigt haben – wird von allen Bevölkerungsschichten und Generationen getragen. Er repräsentiert die Mehrheit der Bevölkerung und bringt die ganz berechtigten Sorgen, Ängste und Nöte der Menschen zum Ausdruck. Die schwarz-gelbe Bundesregie-

rung fördert gegen alle Vernunft weiter eine Energiepolitik ohne Zukunft. Wir wollen in Zukunft keine hochriskanten Atommülltransporte durch Europa und Deutschland.

Schwarz-Gelb wälzt die Probleme auf die nachfolgenden Generationen ab.

DIE LINKE will einen schnellen und endgültigen Ausstieg aus der Atomenergie. Wir fordern von der Bundesregierung, die Energiewende hin zu sauberen und regenerativen Energieträgern einzuleiten.

Deutschland muss zum Vorreiter für den Ausbau erneuerbarer Energien werden und eine konsequente Energiewende einleiten.«

Der Vorsitzende der Partei DIE LINKE, Klaus Ernst, zum Scheitern der schwarz-grünen Koalition in Hamburg

DIE LINKE für Hamburg unverzichtbar

Die Grünen haben ohne inhaltliche Gründe diese Koalition plätzen lassen. Schwarz-Grün in Hamburg war ein Zweckbündnis, und dieses Zweckbündnis war aus unserer Sicht überhaupt nicht erfolgreich. Dass die Grünen jetzt versuchen, dieses Zweckbündnis

zu verlassen, hat rein taktische und keinerlei inhaltliche Gründe. DIE LINKE wird ihren Kurs weiter fahren, den sie bisher in Hamburg gefahren ist. Wir haben gezeigt, dass wir für Hamburg unverzichtbar sind. Wir sind das soziale Gewissen in dieser Bürger-

schaft gewesen und wollen es weiter sein. Unsere Positionen sind klar. Wir werden weiter für höhere Löhne eintreten. Wir werden uns um die Sozialleistungen kümmern. Und wir werden natürlich auch dagegen angehen, wenn die anderen Parteien, wie übli-

cherweise in Zeiten der Haushaltsnot, die Gebühren für die Bürgerinnen und Bürger erhöhen. Wir werden, was unseren Wahlkampf betrifft, mit Sicherheit einen sehr eigenständigen Wahlkampf machen. Wir werden einen Wahlkampf machen, der sich auf unsere Kernthemen beziehen wird. Unsere Kernthemen sind soziale Gerechtigkeit, Lohngerechtigkeit und Sozialleistungen, die den Menschen ein würdiges Leben in dieser Gesellschaft ermöglichen.

In der Koalitionsvereinbarung der Bundesregierung wurde beschlossen, die Bundesprogramme gegen Rassismus, Antisemitismus und Rechtsextremismus auszuweiten. Auch die Auseinandersetzung mit Linksextremismus wurde zur Zielsetzung erklärt. Dagegen wurde in einer unter dem Titel »Folgenreiche Realitätsverleugnung: Das neue Extremismusbekämpfungsprogramm der Bundesregierung« veröffentlichten Erklärung u. a. eingewandt, dass dieser Neuaufbau der Bundesprogramme keine fachlich begründete Problemdiagnose, sondern das politische Motiv zu Grunde liegt, eine veränderte Gefahrendiagnose durchzusetzen; eine Gefahrendiagnose, die auf einer nicht akzeptablen Gleichsetzung linker Gesellschaftskritik mit antidemokratischen und rassistischen Positionen basiert.

Zu befürchten war, dass dies zu einer Ausgrenzung antirassistischer Initiativen und Projekte aus dem Kreis derjenigen führen wird, die als Angehörige der demokratischen Zivilgesell-

Vereine und Verbände unter Generalverdacht

Wer sich gegen Rechtsextremismus engagiert, macht sich verdächtig!

schaft und damit als legitime Gegner des Rechtsextremismus anerkannt werden.

Diese Befürchtung hat sich nunmehr bestätigt. Bei der Verleihung des sächsischen Förderpreises für Demokratie wurde denjenigen, die diese Ehrung erhalten sollten, aberlangt, vorab eine Erklärung zu unterzeichnen. In dieser sollten sie bestätigen, dass sie sich selbst zur freiheitlichen demokratischen Grundordnung der Bundesrepublik Deutschland bekennen; weiter war zu bestätigen, dass sie dafür Sorge tragen, dass die als Partner ausgewählten Organisationen,

Referenten etc. sich ebenfalls zu den Zielen des Grundgesetzes verpflichten sowie dass keinesfalls der Anschein erweckt werden darf, dass eine Unterstützung extremistischer Strukturen durch die Gewährung materieller oder immaterieller Leistungen Vorschub geleistet wird.

In diesem Zusammenhang wurde auch bekannt, dass eine entsprechende Erklärung künftig von allen Projekten und Initiativen gefordert werden soll, die staatliche Fördermittel für demokratisches und menschenrechtliches Engagement beantragen.

Wir erklären hiermit, dass wir uns der Abgabe einer solchen Gesinnungserklärung verweigern werden und fordern auch alle betroffenen Kolleginnen und Kollegen, Initiativen und Projekte dazu auf, eine solche Bekenntniszumutung prinzipiell abzulehnen.

Die Forderung, die eigene demokratische Haltung ausdrücklich nachzuweisen, erscheint nur vor dem Hintergrund eines entgegenstehenden Generalverdachts sinnvoll, den es dann im Einzelfall zu widerlegen gilt. Es ist aber nicht hinnehmbar, dass ein staatlicher Generalverdacht gegen alle etabliert wird, die sich gegen Rassismus und Rechtsextremismus engagieren. Denn damit wird jedes Engagement gegen Rassismus und Rechtsextremismus politisch verdächtig gemacht. Projekten und Initiativen wird zugemutet, sich selbst, ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und Kooperationspartner antidemokratischer Tendenzen zu verdächtigen und entsprechend zu überwachen.

Quelle:
npd-blog.info, 15.11.2010

Zum 850. Geburtstag von Schwerin ließen sich Peter Kuhlmann und Klaus Bielgk, die Initiatoren des Projekts »Eine Straße liest«, etwas Besonderes einfallen. Eine ganze Woche – vom 8. bis 14. November – stellten prominente Schwerinerinnen und Schweriner an unterschiedlichen Orten in der Stadt ihre Lieblingsbücher vor. So las Helmut Holter in der Arbeitsagentur aus Christa Wolfs »Stadt der Engel«. Am Samstag war dann der Hauptlese- tag in Geschäften und Gaststätten rund um die Münzstraße. Angelika Gramkow begeisterte die Zuhörer- schaft mit spannenden Kriminal- geschichten aus Mecklenburg – u.a. »Petermännchenmörder«. Neu war dieses Jahr eine Aktion für die Kinder. Lesebegeisterte und welche, die es noch werden wollen, konnten im Stadthaus u.a. von Vize-Oberbürgermeister Wolfram Friedersdorff »Harry Potter« und von Stadtvertreter André Walther Märchen hören. Traditioneller Höhepunkt der Aktion »Eine Straße liest« war die Versteigerung mit Auktionator und Schauspieler Klaus Bielgk am Sonnabend im Weinhaus Wöhler. Unter den Hammer kamen sehr unterschiedliche Produkte aus erster und zweiter Hand, darunter ein Original- Trikot vom FC Bayern München. Die Auktion hatte nicht nur hohen



Helmut Holter liest in der Arbeitsagentur.

Unterhaltungswert, sondern diente auch einem guten Zweck: Das Geld kommt ebenso wie die Inhalte der Spendenbüchsen aus allen Lese-Lokalitäten der Schweriner Kindertafel zugute. **R.J.**

Wir lesen vor

Bereits zum siebten Mal riefen die Stiftung »Lesen« und DIE ZEIT zum bundesweiten Vorlese- tag auf. Er fand in diesem Jahr am 26. November statt. Die Idee dahinter: Jeder, der Spaß am Vorlesen hat, liest an diesem Tag anderen vor, zum Beispiel in Schulen, Kindergärten, Bibliotheken oder Buchhandlungen. Helmut Holter nahm auch daran teil – und das nicht zum ersten Mal – am Vorlese- tag teil. In der Kita »Spatzennest« auf dem Großen Dreesch erfreuten die Geschichten vom Raben Socke die Kinder. Sie bedankten sich mit einem zum Wetter passenden Lied »Schneeflockchen, Weißbröckchen«. **R.J.**



Die Kinder lauschen gespannt den lustigen Geschichten.

Hilfe! Wir suchen Unterstützung für Mathematik-Nachhilfe für Schülerinnen und Schüler, deren Eltern kein Geld haben. Du brauchst kein Lehrer zu sein, aber Autodidakt. Der Bedarf ist riesengroß. Belohnung: Vielleicht mal eine Anerkennung und eine soziale, solidarische Gemeinschaft! Unterricht in der Projektwerkstatt »Buntes Q«, Lübecker Straße 180. Tel: 0385/4781801
Torsten Müller, BO Aufbruch LINKS

EINLADUNG

»Das Leben ist gar nicht so – es ist ganz anders«

Ein Kurt-Tucholsky-Programm – Montag, 13. Dezember 2010, 18.00 Uhr, Schleswig-Holstein-Haus. Die Berliner Kabarettisten und Mitglieder der Tucholsky-Gesellschaft Marlis und Dr. Wolfgang Helfritsch bieten einen Querschnitt aus dem Repertoire des »Mannes mit den 5 Ps« und Weltbühnen-Autors dar und geben Informationen aus seinem kurzen, aber bewegten Leben. Der 120. Geburtstag und der 75. Todestag des aufmüpfigen Vielschreibers sind uns Anlass, eines Publizisten und Schriftstellers zu gedenken, der sich den politischen Fragen seiner Zeit nicht weniger intensiv widmete als den »kleinen« Dingen des menschlichen Alltags. Viele der Texte Kurt Tucholskys sind – noch oder wieder – bedrückend aktuell. Eintritt: 3 Euro

Herzliche Glückwünsche



Die Genossinnen und Genossen der Basisorganisation 321 gratulieren ganz herzlich im Dezember Genossin Monika Bischof zum 62. und Genossen Joachim Brätsch zum 73. Geburtstag. Dazu alles erdenklich Gute.

Viele liebe Glückwünsche erhalten von den Genossinnen und Genossen ihrer Basisorganisation in der Weststadt die Genossen Hermann Anders zum 73., Hans-Joachim Schultz zum 76. und Hans-Jürgen Marschinke zum 77. Geburtstag.

Die Genossinnen und Genossen der Stadtteilorganisation Friedrichsthal gratulieren ganz herzlich im Dezember der Genossin Liselotte Heide zum 82., dem Genossen Roland Görtz zum 47. und dem Genossen Wolfgang Romanski zu seinem 66. Geburtstag.

Die Genossinnen und Genossen der Stadtteilorganisation Krebsförden gratulieren am 23. Dezember Genossen Paul Slopinski zum 82. und Genossen André Walther am 28. Dezember zum 22. Geburtstag.

Die Basisorganisation 621 übermittelt ihrem Genossen Lothar Müller zu seinem 74. Geburtstag, den er am 9. Dezember begeht, herzliche Glückwünsche.

Wir trauern um unsere Genossin
Gertrud Merthen
Sie verstarb im Oktober.
Die Basisorganisation 113

Mit tiefer Trauer haben wir die Mitteilung erhalten, dass unser Genosse
Bruno Hildebrandt
verstorben ist.
Seine Genossinnen und Genossen der Basisorganisation 214

Die nächste Ausgabe erscheint am **4. Februar 2011**

DIE LINKE. Schwerin – Kreisgeschäftsstelle
Martinststraße 1/1a – 19053 Schwerin
Tel.: 0385 / 7587454